

waschen, wenn 20 Männer in der Notschlafstelle sind. Viele Frauen suchen andere Möglichkeiten und übernachten gegen Leistungen, die nicht immer auf Freiwilligkeit basieren, bei Leuten zuhause.

Nora: Eine Frau bekommt manchmal auch eine Vergünstigung beim Drogenkauf, wenn sie kurz das T-Shirt hochhebt und ihre Brüste zeigt oder noch weiter geht. Sexualisierte Gewalt ist also sehr präsent. So wie überall in unserer Gesellschaft – nur noch etwas schlimmer.

Eva: Wenn eine drogenabhängige Frau ihren Drogenkonsum über Sexarbeit finanziert und dabei vergewaltigt wird, ist es auch schwierig bei der Polizei eine Anzeige einzureichen. Ihr könnt euch vorstellen, was die Reaktionen sind: «Du bist ja Sexarbeiterin, du wolltest ja deinen Schuss». Eine solche doppelte Stigmatisierung ist schon sehr schwierig.

Gibt es Möglichkeiten, gegen solche Stigmatisierungen vorzugehen?

Nora: Eigentlich ist das ein Kulturfrage. Ich weiss nicht, ob wir etwas daran ändern müssen, dass Menschen weniger stigmatisiert werden. Wir sollten etwas ändern, damit Menschen gar nicht in Armut leben müssen. Du kannst lange sagen, wir diskriminieren diese Menschen nicht. Die Umstände, dass Menschen in Armut leben müssen, sind problematisch.

Eva: Ja stimmt. Gleichzeitig wünsche ich mir schon eine Gesellschaft, die auch mal auf eine Bettlerin zugeht und fragt, wer sie ist und wie es ihr geht. Heute darfst du als Bettlerin in Bern die Leute nicht einmal mehr ansprechen, sondern nur noch den Hut hinlegen und schweigen. Ich fände es ungemein schön, wenn Passant*innen von sich aus mit den Menschen auf der Gasse sprechen wollten. Aber da sind wir in unserer Gesellschaft weit davon entfernt.

Ihr habt auf Facebook geschrieben, dass die Gestaltung des öffentlichen Raum problematisch ist. Was meint ihr damit?

Eva: Es gibt bauliche Massnahmen, die dazu führen, dass sich Menschen an gewissen Orten nicht aufhalten können. Es sind kleine Eingriffe, welche die normalen Bürger*innen gar nicht bemerken. Zum Beispiel hat es auf dem Fenstersims vor der Ryfflihofapotheke Metallspitzen, damit niemand hinsitzen kann. Es gibt auch den politischen Verdrängungsmechanismus. Vor ein paar Monaten wurde mit dem neuen Polizeigesetz der Wegweisungsartikel nochmals verschärft. Für unser Leute ist es ein grosses Problem, wenn

sie ohne Begründung und ohne aufschiebende Wirkung bei einem Einspruch 48 Stunden von einem Ort weggewiesen werden. Die Verdrängung betrifft nicht nur unsere Klient*innen sondern auch Jugendliche, Menschen mit Migrationshintergrund und andere Gruppen, die als störend betrachtet werden. Dazu

«Wenn du kein Geld hast, kannst du an all diesen Dingen nicht teilhaben. Das ist ein totaler Ausschluss von der Gesellschaft.»

kommt, dass wir uns heutzutage nirgends ohne Konsumzwang aufhalten können. Im Sommer werden alle öffentliche Räume durch Pop-Up-Bars bespielt. Wenn du kein Geld hast, kannst du an all diesen Dingen nicht teilhaben. Das ist ein totaler Ausschluss von der Gesellschaft.

Die Stadt sagt immer, es gebe Nutzungskonflikte. Heute werden bei solchen Konflikten diejenigen mit Geld und wirtschaftlichen Interessen bevorzugt. Im öffentlichen Raum sollten sich alle aufhalten können, egal welches Alter, welche Herkunft sie haben und welches Portemonnaie sie dabei haben. Ich wünsche mir, dass ein Raum geschaffen wird, wo alle mitreden können. Die Stadt hätte zum Beispiel die Leute fragen können, welche Art von Bänken sie wollen und wo die Bänke hingestellt werden sollen. Es gibt viele Ideen. Der öffentliche Raum könnte ganz anders gestaltet werden, wenn die Leute eine Möglichkeit zur Mitgestaltung bekommen würden. ■

Die Gassenarbeit unterstützen

Der Verein ist auf Spenden angewiesen:
Kirchliche Gassenarbeit Bern, Speichergasse 8, 3011 Bern, PC 30-30602-2 (Vermerk Verein)

Ausserdem werden auch Sachspenden, vor allem Männerkleider und Winterschuhe in gutem Zustand Socken, Unterwäsche, Schlafsäcke, und Hygieneprodukte gerne entgegengenommen. Meldet euch unter mail@gassenarbeit-bern.ch!

Sachspenden werden während den Büroöffnungszeiten am Donnerstag jeweils von 14.00 bis 16.00 entgegengenommen. Bei grösseren Mengen bitte vorher anrufen (Tel.: 031 312 38 68). Menstruationsprodukte können auch im Restaurant Sous le pont abgegeben oder in den Briefkasten geworfen werden.



E-ID

Deine Identität gehört nicht den Privaten

Die E-ID soll von Privaten herausgegeben werden. Das ist das Resultat eines digital unfähigen Parlaments. Die Konsequenz ist eine neue Zentralisierung sensibler Daten. Ein Honigtopf für Staatsschutz und Kriminelle. Doch es ginge auch anders.

Text: Hernáni Marques | Illu: daf

In einem letzten Akt hat das alte Schweizer Parlament im September beschlossen, das «Bundesgesetz über Elektronische Identifizierungsdienste» (BGE-ID) durchzuwinken. Dieses sieht vor, dass primär Private als Herausgeber von elektronischen Identitäten (E-IDs) fungieren sollen. Dabei zeigte sich einmal mehr, dass unser Parlament von Menschen geprägt ist, die Computer- und Internettechnik nur eingeschränkt verstehen und einschätzen können. Eine sinnvolle Digitalisierung mit dem Bund als Impulsgeber ist so nicht möglich. Diese ernüchternde Situation hat sich mit den Wahlen im Oktober leider nur geringfügig verbessert.

Es ist also kein Wunder, kam auch beim BGEID nur Unsinn heraus (siehe m* 438). Die logische Konsequenz: Am 5. Oktober ergriffen verschiedene Organisationen das Referendum dagegen. Die Aktivist*innen des Chaos Computer Club Schweiz (CCC-CH) sind zwar mit dem offiziellen Kampagneninhalte nicht einverstanden. Denn die Lösung ist keine zentralisierte staatliche E-ID, wie das im Gegenzug gewünscht wird. Trotzdem ist das neue Bundesgesetz dermassen gefährlich, dass es gebodigt werden muss.

Den Sinn nicht verstanden

Die lautesten Verfechter*innen der E-ID scheinen kaum zu wissen, was für ein Problem sie damit eigentlich lösen wollen. Ein Beispiel: Ruedi Noser – der «Mr. Digitalisierung» der FDP – behauptete, eine E-ID sei nötig, damit «Amazon, Apple und Google» nicht zum Platzhirsch wür-

den. Eine absurde Behauptung. Erstens betreiben diese Konzerne Dienste, die weltweit zugänglich sind. Eine Gemeinde, ein Kanton oder der Bund kämen wohl kaum auf die Idee, E-Government-Dienstleistungen zum Beispiel mit einem Amazon-Login zu erlauben. Das wäre in keinem Fall datenschutzkonform und würde tatsächlich einen Kontrollverlust bedeuten. Die Behauptung ist aber auch deshalb grössenwahnsinnig, weil wir uns mit einem Schweizer E-ID-Login – egal ob vom Staat oder von Privaten herausgegeben – kaum je bei Gmail oder Apple anmelden werden können. Eine solche Kontrolle werden die Internetgiganten nicht abgeben.

Noser und andere verstehen wohl den Zweck einer E-ID nicht. Dabei geht es darum, ein elektronisches Mittel zu schaffen, anhand dessen eine Dienstleisterin gewisse Eigenschaften der Benutzer*in verlässlich prüfen kann – zum Beispiel, um einen Vertrag zu unterschreiben. Im einfachsten Fall kann das ein PGP-Schlüsselpaar sein, welches sich bereits heute für die Signatur und Verschlüsselung von Mails einsetzen lässt. Je nach Anwendungsfall ist es also gar nicht nötig, einen zentralisierten Moloch zu erschaffen, um den Zweck der E-ID zu erfüllen.

Vor allem erfordern viele Dienstleistungen gar nicht, dass der Staat oder Private genau wissen, wer die Bürger*in oder die Konsument*in ist. Will ich mir ein Bier kaufen, müssen weder staatliche noch private Strukturen wissen, wie ich heisse und wo ich wohne. Das einzig Relevante ist, dass ich elektronisch glaubhaft machen kann, dass ich mindestens 16 Jahre alt bin. Natürlich gibt es Situationen, in denen die E-ID legitim und nützlich ist. Zum Beispiel solche, in denen wir mit dem Staat interagieren: Wenn wir Steuern

Unser Parlament ist von Menschen geprägt, die Computer- und Internettechnik nur eingeschränkt verstehen

deklariieren, einen Betriebsauszug beziehen oder digital Unterschriften sammeln. Gerade bei Letzterem ist eine Zentralisierung aber wieder nicht nötig. Denn dabei drücken wir bloss gegenüber der eigenen Gemeinde den Willen aus, eine Vorlage zu unterstützen. Davon müssen weder Kanton, noch der Bund oder Private etwas mitkriegen.

Gefährliche Biometrie

In der aktuellen Form ist das BGEID unhaltbar. Nicht nur ist eine pseudonyme Identifizierung nicht vorgesehen, darüber hinaus wird gar auf Biometrie für die stärkste Authentifizierungsstufe gesetzt. Das ist irrational und gefährlich. Biometrische Merkmale sind anders als Passwörter vielfach weder geheim, noch können sie geändert werden. Wie sollen wir zum Beispiel unser Gesichtsbild ändern? Entsprechend forderte die Digitale Gesellschaft in der Vernehmlassung, auf Biometrie zu verzichten. Sowohl Bundesrat als auch das Parlament ignorierten die Bedenken.

Geheim sind biometrische Daten aus zwei Gründen nicht. Von zahlreichen Menschen – insbesondere denen, die öffentlich aktiv sind – findet sich genügend Material, die einen Identitätsdiebstahl erlauben. Denn mit Audioaufnahmen aus Vorträgen oder Bildern und Videos aus den Ferien und dem öffentlichen Raum lassen sich mittels neuronaler Netzwerke sogenannte DeepFakes erstellen. Zudem ist brisant, dass biometrische Daten bereits massenweise an die CIA abgeflossen sind. Das musste die bis vor Kurzem fürs EJPD zuständige SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga auf eine Anfrage des Grünen Nationalrats Balthasar Glättli zugeben.

Ein anderes Problem betrifft den Mangel an Dezentralisierung. Wie beim e-Voting-Projekt und beim elektronischen Patientendossier wird keine Systemarchitektur mit radikaler Dezentralisierung vorgeschrieben. Die technische Umsetzung wird stattdessen dem «Markt» überlassen. Im Falle der E-ID ist dieser Markt von der SwissSign-Gruppe dominiert: Ein Konsortium von mächtigen Akteur*innen – Versicherungen, Grossbanken, Staatsbetrieben – die eine zentralisierte und schweizweite «SwissID» schaffen wollen.

Das Ziel ist nicht bloss, den Zugang zu staatlichen Dienstleistungen zu erleichtern, sondern auch im E-Commerce mitzumischen. So sprach SwissSign-CEO Markus Naef an einer Podiumsdiskussion in Aarau von einem Einsparpotenzial von 14 Milliarden Franken – alles dank zentralisierter Login-Allianz. Offenbar ist das Ziel der SwissSign-Gruppe, eine einzige umfassende digitale Identität zu schaffen. Damit könnte sich im «Idealfall» die ganze in der Schweiz ansässige Bevölkerung bei Online-Diensten anmelden – womöglich bis zu einem «sanften» Zwang bei

bestimmten Dienstleistungen.

Dieses Szenario ist ein Albtraum. Einerseits ist diese zentralisierte Identität eine schwelende Sicherheitskatastrophe. Sie bedeutet, dass jemand mit den nötigen technischen Mitteln auf kompletter Linie Identitätsdiebstahl betreiben kann. Für organisierte Kriminelle oder staatliche Akteur*innen wären solche Angriffe – je nach technischer Ausgestaltung der E-ID – auch mehr oder weniger einfach und günstig zu skalieren und automatisieren.

Transparenz statt Vorratsdatenspeicherung

Doch es kommt noch schlimmer: Das BGEID sieht eine weitere Vorratsdatenspeicherung von sechs Monaten für die anfallenden Daten vor. Das ist dieselbe Frist, die beim Überwachungsgesetz BÜPF (siehe m* 439) gilt – und bleibt gerne unerwähnt. Es wäre gelacht, wenn Staatsschutz und Polizei sich nicht bald auf diesen Honigtopf stürzen würden. Zudem wären nicht bloss die Dienstleister*innen im Besitz dieser Daten, sondern fein ordentlich zentral gesammelt die Swiss-

Sign-Gruppe. Diese wüsste dann, wer wann beim Arzt war, wo Alkohol gekauft oder einen Strafregisterauszug bezogen hat. Eigentlich müsste diese neuerliche Fichierung Grund genug sein, das Gesetz im Abstimmungskampf zu bodigen.

Also weg mit der E-ID? Nein, sie bräuchte einfach andere Anforderungen und gesetzliche Rahmenbedingungen. Vor allem müsste sie

dezentral aufgebaut und auf mehrere sogenannte Identitätsprovider (IdP) verteilt sein. Diese könnten je nach Anwendungsfall mehr oder weniger Merkmale erfassen: Für den Kauf von Tabak oder Alkohol an einem Kiosk bräuchte der IdP meinen Namen zum Beispiel nicht. Und die Tatsache, dass ich an einem bestimmten Tag einen Betriebsauszug bezogen habe, muss weder bei SwissSign noch beim Bund gespeichert werden.

Ohnehin wäre ein vollverschlüsseltes Peer-to-Peer-Netzwerk wünschenswert. Hier liesse sich der Grundsatz des «Privacy-by-Default» ohne zentral abgreifbare Vorratsdaten realisieren – und es könnte kollektiv betrieben und aufrechterhalten werden. Mit der «re:claimID»^[1] existiert bereits ein Projekt, das auch ohne ökologisch unsinnige Blockchain-Technologie auskommt. Zudem ist es quelloffen und als freie Software verfügbar. Das schafft Transparenz über die Funktionsweise, wie es sich für eine kritische Infrastruktur – die ein E-ID-System ja ist – gehört. ■

[1] <https://reclaim-identity.io/>

Biometrische Merkmale sind anders als Passwörter vielfach weder geheim, noch können sie geändert werden.

Rezension

Plädoyer aus dem Exil

Text: flow

Unheimlich unbemerkt schleicht sich in der Schweiz gerade der Fichenskandal 2.0 an (siehe S. 13). Nur arbeitet der Nachrichtendienst des Bundes heute nicht mehr mit Karteikarten, Spitzeln, Kamera und Kugelschreiber. Stattdessen zapft er beinahe sämtliche Datenströme an, schleust Trojaner in unsere Geräte ein und hat Zugriff auf unsere kompletten Bewegungsprofile des letzten halben Jahres. Alles schön legal, alles von Parlament und Stimmvolk abgesegnet.

Als Edward Snowden 2013 die globale Massenüberwachung der US-amerikanischen Geheimdienste entlarvte, war der Aufschrei gross. Mittlerweile sind das Interesse und die Empörung abgeflaut. Wir haben uns daran gewöhnt, ständig getrackt und vermessen zu werden. Wir geben unsere Daten freiwillig an mächtige Internetkonzerne, die damit ihre Apps verbessern und ihre Marktstellung zementieren. Und wir freuen uns, wenn wir monetäre Goodies erspielen können, indem wir uns von Algorithmen vorschreiben lassen, wie wir uns zu bewegen, zu essen und zu schlafen haben. Wen interessieren da noch die Machenschaften des Schweizer Geheimdienstes?

Gerade darum tut der Blick in die Vergangenheit gut, den uns Snowden in seiner Autobiografie ermöglicht. Zwar werden darin keine neuen Geheimnisse enthüllt, doch ist das leider gar nicht nötig. Wir sollten viel eher das bereits Erfahrene wieder auf uns wirken lassen. Snowden zeigt anschaulich, wie NSA und CIA nach dem 11. September die Überwachung massiv ausbaute und an private Firmen auslagerte. Und wie diese Entwicklung eng mit dem Sicherheitsnarrativ des 21. Jahrhunderts verknüpft ist. So legen wir unsere Freiheit und Privatsphäre im Angesicht drohender Terroranschläge bereitwillig auf den Altar.

Wer sich nicht für Snowdens leicht verklärte Sicht des frühen Internets und seine filmreife Flucht nach Russland – wo er bis heute im Limbo des Exils weilt – interessiert, krieg in seiner Autobiografie eine wohlthuende Erinnerung der Auswirkungen totalitärer Überwachung und deren geschickte Verschleierung. Das Buch ist darum auch mehr als ein Plädoyer für Privatsphäre und Verschlüsselung. Es zeigt die Auswüchse von Geheimgerichten, illegaler Staatsüberwachung und deren Verstrickungen mit Wirtschaft und Politik. Und gehört unter jeden Tannenbaum. ■

Edward Snowden «Permanent Record. Meine Geschichte». 432 Seiten. CHF 29.90. S. Fischer Verlag, 2019.

